

Vorlage Nr. 273/12

Betreff: **Projekt "KidS" - Kommunalpolitik in die Schulen**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Jugendhilfeausschuss	28.06.2012	Berichterstattung durch:	Herrn Linke Herrn Gausmann					
TOP	Abstimmungsergebnis					z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			

Betroffene Produkte

2104 Kinder- und Jugendarbeit

Betroffenes Leitbildprojekt/Betroffene Maßnahme des IEHK

Finanzielle Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> einmalig	<input type="checkbox"/> jährlich	<input type="checkbox"/> einmalig + jährlich
Ergebnisplan		Investitionsplan		
Erträge		Einzahlungen		
Aufwendungen		Auszahlungen		
Finanzierung gesichert				
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	durch		
<input type="checkbox"/>	Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt			
<input type="checkbox"/>	Mittelumschichtung aus Produkt / Projekt			
<input type="checkbox"/>	sonstiges (siehe Begründung)			

mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja Nein

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf Empfehlung des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ das Projekt „KidS – Kommunalpolitik in die Schulen“ zurück zu stellen, da in der Verwaltung aktuell keine Personalressourcen für die Begleitung des Projektes zur Verfügung stehen.

Begründung:

Der Unterausschuss „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ hat in mehreren Sitzungen über das Projekt „KidS – Kommunalpolitik in die Schulen“ – beraten.

Es bestand Einvernehmen, dass die Grundidee des Projektes, Jugendliche an Politik heran zu führen, von allen Ausschussmitgliedern positiv bewertet wird.

Klärungsbedarf zeigte sich hinsichtlich der Zeitbudgets sowohl für die beteiligten Ratsmitglieder zur Betreuung der teilnehmenden Jugendlichen, als auch für die Verwaltung zur begleitenden Organisation des Projektes.

Die Recherchen bei den Städten und Gemeinden, die das Projekt bereits durchgeführt haben, zeigen ein sehr differenziertes Bild, sowohl was den zeitlichen Umfang als auch die organisatorische Anbindung innerhalb der Verwaltung betrifft. Übertragbare Aussagen sind daher nicht seriös zu treffen.

Fakt ist, dass auch in der Verwaltung Personaleinsatz erforderlich sein wird. Dies gilt für die Kontaktvermittlung zu den Schulen und zu den Ratsmitgliedern, als auch für die Organisation der „Ratssitzung“ zum Abschluss des Projektes. Im Fachbereich Jugend, Familie und Soziales stehen dafür aktuell keine Personalressourcen zur Verfügung.

Unter diesen Voraussetzungen wäre alternativ eine Kooperation mit professionellen Organisationen, wie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die das „Planspiel Kommunalpolitik“ in Rheine bereits einmal erfolgreich durchgeführt hat, für die zu beteiligenden Politikerinnen und Politiker eine Option, da der Zeitbedarf genau abgesprochen werden kann.